

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

1014 Wien, Herrngasse 11-13

Parteienverkehr Dienstag 8 bis 12 Uhr
und 16 bis 19 Uhr

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundesministerium für öffent-
liche Wirtschaft und VerkehrRadetzkystraße 2
1031 Wien

LAD-VD-8852/16

Beilagen

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

Bearbeiter

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

Datum

220.312-1-II/2-1988

Dr. Grüner

2152

22. März 1988

Betrifft

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, Stellungnahme

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Unterstützung nicht-bundeseigener Unternehmen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben (Privatbahnunterstützungsgesetz 1988), wie folgt Stellung zu nehmen:

Gemäß § 4 Abs. 2 des Entwurfes kann die Gewährung von Förderungen für Investitionen davon abhängig gemacht werden, daß andere Gebietskörperschaften oder sonstige Rechtsträger zusammen mindestens gleich hohe Beträge gewähren wie der Bund.

Aus den Erläuterungen dazu ergibt sich, daß schon jetzt von den Ländern und anderen Rechtsträgern zumindest gleich hohe Beträge gewährt werden, wie der Bund sie leistet.

Diese Leistungen der Länder werden aber auf freiwilliger Basis erbracht. Nach der nun im Entwurf vorgesehenen Junktimierung wird aber dem Bund die Möglichkeit geschaffen, andere Gebietskörperschaften und sonstige Rechtsträger geradezu zwingend zu Förderungsleistungen heranzuziehen.

Die vorgesehene Bestimmung würde daher eine Verlagerung der finanziellen Aufgaben zugunsten des Bundes und damit eine Verschiebung des derzeit geltenden Finanzausgleichs bedeuten.

Betrifft GESETZENTWURF
Z' 6 GE 088
Datum: 24. MRZ. 1988
Verteilt: 24. MRZ. 1988 *W. K.*

W. K. Kronsgraber

- 2 -

Nach Ansicht der NÖ Landesregierung handelt es sich bei der Bestimmung des § 4 Abs. 2 um eine Regelung, die dem Wesen des Finanzausgleichs widerspricht, weil der Bund durch eine solche Bestimmung finanzielle Leistungen von den Beiträgen der Länder abhängig macht. Einer solchen Regelung kann daher nicht zugestimmt werden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-8852/16

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder
des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

